

Mandat selbst weiter nicht in Anwendung kommen können. Es enthält dieser Artikel freilich eigentlich rein polizeiliche Vorschriften, die hier jedoch wegen der Verbindung mit den nachfolgenden Bestimmungen aufgenommen sind.

Bürgermeister Wehner: Ich glaube doch nicht, daß diese ganze Angelegenheit von so großer Wichtigkeit ist. Die Reviere laufen so untereinander, wenigstens bei uns, daß selbst das Verbinden des Schlosses manchmal große Bedenkslichkeiten hat. Er wird mancher Jäger kaum 100 Schritte gehen können, ohne das Schloß auf- und zubinden zu müssen. Die Nachteile, welche zu befürchten sind, möchte ich sagen, gleichen sich aus. Soweit ich die Herren, die auf die Jagd gehen, kenne, nehmen sie es nicht so genau und schießen auch einmal da, wo sie nicht sollen; ich habe die Ansicht, daß es hierbei nicht so genau genommen werden kann, denn wenn man die verschiedenen Beeinträchtigungen auf die Waagschale legen wollte, würde man bald finden, daß sie sich ausgleichen.

v. Thielau: Dem muß ich widersprechen; ich glaube, es giebt viele Jagdliebhaber, die sich das nicht erlauben und nicht erlauben werden.

Referent Prinz Johann: Ich glaube, daß die Sache mit wenigen Worten abgethan ist, wenn gesagt wird: „und das Schloß verbunden haben.“

Präsident: Es liegen nun zwei Anträge vor; der erste Antrag ist der des von Meßsch, und ich frage die Kammer: Nimmt sie diesen Antrag an? Wird durch 25 gegen 12 Stimmen abgeworfen. Ich würde nun weiter fragen: Ob der Antrag unterstützt wird, daß die Worte eingesetzt werden „und das Schloß verbunden haben?“ Er wird ausreichend unterstützt, auf weitere Frage von 36 gegen 1 Stimme angenommen, und dem Artikel selbst in der beliebten Maße einstimmig beigetreten.

Artikel 259. lautet:

„Diejenigen, welche die Gewehre, mit denen sie auf fremden Wildbahnen von den Jagdberechtigten, oder Revierraufsehern, oder Polizeioffizianten betroffen werden, auf deren Verlangen nicht vorzeigen oder nicht niederlegen, oder sich weigern, das Gewehr abzugeben, oder dem Anhaltenden an Gerichtsstelle zu folgen, sind mit Gefängnißstrafe bis zu Drei Monaten zu belegen. Wenn sie aber gegen die zu ihrer Anhaltung berechtigten Personen lebensgefährliche Drohungen ausgestoßen oder Thätlichkeiten verübt, die Gewehre auf sie angeschlagen oder nach ihnen geschossen haben; so sind sie, insofern ihnen nicht in Folge der verübten Widerseßlichkeit ein schwereres Verbrechen zur Last fällt, mit Arbeitshaus von Sechs Monaten bis zu Zwei Jahren oder mit Zuchthaus zweiten Grades von Zwei bis Vier Jahren zu bestrafen.“

Bei diesem Art. ist Nichts erinnert, und wird derselbe sofort einstimmig angenommen, wie er im Gesetzbuche enthalten ist.

Artikel 260. lautet:

„Wer in einem fremden Jagd-Bezirk, ohne dazu berechtigt zu sein, Wild erlegt oder einfängt, ist mit der Strafe des einfachen Diebstahls zu belegen (Art. 214.). Hat sich der Dieb hierzu eines nach Art. 258. auf fremder Wildbahn zu führen verbotenen Gewehrs bedient; so ist die Strafe nicht unter Drei

Wochen Gefängniß herabzusetzen. Die Erlegung oder Einfangung des in Wildgärten oder sonst eingeschlossenen Räumen befindlichen Wildes ist dem durch Erbrechung begangenen Diebstahl gleich zu achten.“

Die Deputation glaubt, daß es in Art. 260. bei den Bestimmungen des Entwurfs zu Art. 214. sein Bewenden haben möchte, und schlägt in diesem Bezuge vor, die Worte des Artikels „ist — Art. 214.“ mit folgenden zu vertauschen: „ist bei einem Betrage des erlegten oder eingefangenen Wildes bis mit 10 Thlr. an Werth, mit Gefängniß bis zu 3 Monaten; bei einem Betrage desselben von 10 — 50 Thlr. an Werth, mit Gefängniß von 2 — 3 Monaten oder Arbeitshaus bis 2 Jahr; bei einem Betrage desselben über 50 Thlr. an Werth, mit 1 — 6 Jahren Arbeitshaus zu belegen.“

Referent Prinz Johann: Ich bemerke übrigens, daß die letzten zwei Sätze stehen bleiben; ich erinnere nur noch daran, daß eigentlich nicht eine Milderung gegen den Entwurf vorgeschlagen worden ist, sondern man ist nur hier bei dem Entwurfe stehen geblieben, während wir bei Artikel 214. eine Erhöhung der Strafe vorgeschlagen haben.

v. Thielau: Ich finde auch diese Strafe im Verhältniß zu dem Raube zu gering. Der Räuber, welcher mit Waffen auf den Raub ausgeht, wird mit 10 — 20 Jahr Zuchthaus bestraft. Der Wilddieb kann die Wilddieberei nicht anders ausüben, als daß er ein Schießgewehr hat. Diese geringe Strafe wird aber die Folge haben, daß alle Verbrecher sich auf die Wilddieberei legen, indem sie hohen Gewinn und nur niedrige Strafe zu erwarten haben. Es hat mir z. B. ein armer Mann gesagt: wenn ich mich die ganze Woche martere, so verdiene ich auf dem Lande 1 Thlr., und der Wilddieb, wenn er in der Woche nur ein Reh geschossen hat, hat 3 Thlr. verdient und lacht mich aus.

Referent Prinz Johann: Ich erlaube mir zu bemerken, daß der Wilddiebstahl nicht dem Raube gleichgestellt werden kann; dieser enthält eine Gewaltthat gegen eine Person, während der Wilddiebstahl immer nur Beeinträchtigung eines Rechts ist. Wenn er aber in eine gewaltsame Handlung übergeht, ist im Art. 259. die Strafe festgesetzt. Uebrigens muß ich bemerken, daß beim Wilddiebstahl ein mildernder Umstand eintritt; es sind oft Leute dabei, mit denen wir alle eine Metze Salz gegessen haben.

v. Thielau: Bei Wilddieben von Profession ist doch ein Unterschied zu machen, wo der Forstbeamte keinen Tag sicher ist, von ihnen todt geschossen zu werden, und ich gestehe aufrichtig, künftighin wird man häufig der Art Fälle vorkommen sehen. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß diese Strafe erhöht werde.

v. Polenz: Der Antrag würde vielleicht so zu stellen sein, daß es nunmehr bei dem Gesetzentwurfe stehen bliebe, der sich auf Art. 214. beruft. Dadurch würde bewirkt, was v. Thielau beabsichtigt, daß nämlich der Wilddiebstahl, wenn er eine höhere Summe erreicht, auch härter bestraft werde. Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit noch einen Antrag zu stellen, welcher mit beiden Artikeln zusammenhängt, nämlich, daß man den Artikel 261. ganz in Wegfall brächte, weil er mir entbehrlich scheint — die Gründe dafür werde ich später entwickeln — und daß man

*